

**Zuckermann, Moshe (Hg.): Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXIII (2005). Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik.** Wallstein-Verlag: Göttingen 2005. 442 S.

In einer Studie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld aus dem Jahr 2004 war nachzulesen, dass nach Auffassung von mehr als 68 Prozent der Deutschen Israel einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser führt und dass mehr als die Hälfte den Vergleich zwischen der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern und der NS-Politik gegenüber den europäischen Juden nicht scheut. Eine, wenn auch methodisch umstrittene Meinungsumfrage der EU-Kommission fand ein Jahr zuvor heraus, dass der Staat Israel auf der öffentlichen Sympathieskala weit unten rangiert. Mag bei rund zwanzig Prozent der deutschen Bevölkerung beschönigend von einer antisemitischen „Latenz“ gesprochen werden, so hat die Aggressivität im Blick auf Israel längst den Grad durchgängiger Offenheit erreicht.

Angesichts solcher Ergebnisse nehmen sich übliche Persilscheine, in denen das legitime Recht auf Kritik an der israelischen Politik proklamiert wird, mehr oder minder hilflos aus, zumal wenn sie von Appellen begleitet werden, nicht in antijüdische Klischees zu verfallen. Die Verwirrung wird vollkommen, wenn man die heftigen Debatten in der israelischen Öffentlichkeit und die deutsche Medienberichterstattung über den Konflikt regelmäßig verfolgt und selbst nicht umhin kommt, die Vorgänge im Nahen Osten mit kritischen Augen zu beobachten. Dass die unsägliche Gleichsetzung mit der Shoah keineswegs das Monopol extremistischer Randgruppen in Deutschland geblieben, sondern weit in die bürgerliche Mitte eingewandert ist, gehört zu den Selbstverständlichkeiten, die klaglos hingenommen werden. Der Hinweis eines früheren deutschen Botschafters in Tel Aviv, wonach alles in Ordnung sei, solange die intellektuellen und politischen Eliten vom antijüdischen Bazillus nicht befallen wären, hört sich geradezu ergreifend an, zumal da die Shoah zu manipulativen Zwecken auch in die innerisraelischen Auseinandersetzung um das Verhältnis zu den Palästinensern seit den späten 1970er Jahren Eingang gefunden hat und zur Abwehr auswärtiger Kritik missbraucht wird.

Nicht zufällig häufen sich deutsche Veranstaltungen, die dem Beziehungsgeflecht zwischen Antisemitismus und Israel-Kritik nachzugehen versuchen. Denn nach dem „primären“, religiös und rassistisch argumentierenden, dem „sekundären“, auf kollektive und individuelle Schuldabweisung zielenden Antisemitismus ist längst ein „tertiärer“ Antisemitismus getreten, der sich – so lässt sich behaupten – in einer unverbrüchlichen Feindschaft gegen Israel sonnt. Sie bedient sich zwar altbekannter Klischees, hat sich aber unbewusst in einer rassistisch anmutenden Volte verfangen, weil sie in unreflektierter Nachfolge der problematischen „Orientalismus“-Thesen Edward Saids die Komplexität der arabischen im allgemeinen und der palästinensischen Geschichte im besonderen samt ihrer immanenten Widersprüche nicht zur Kenntnis nehmen will, mit einem Wort: den arabischen Nahen Osten umstandslos in die Kategorie eines Objekts externer dämonischer Kräfte einordnet und sie auf Unschuldrollen reduziert. Die „Opfer der Opfer“-These, mit denen die Palästinenser seit dem israelischen Libanon-Krieg 1982 gestreichelt werden sollen, diente erstmals als probates Mittel, sie jeglicher historischer Eigenverantwortung zu entkleiden und sie damit für unmündig zu erklären.

Wie passen diese Beobachtungen in die angezeigte Veröffentlichung? Moshe Zuckermann verweist eingangs darauf, dass die Staatsgründung Israels durch die Shoah „zumindest beschleunigt, wenn nicht gar erst ermöglicht worden“ sei und dass deshalb die deutsche und europäische Geschichte mit der Geschichte des politischen Zionismus in einem kausalen Nexus stehe. Zuzustimmen ist dem Herausgeber auch mit der Bemerkung, dass – wie oben angedeutet – die Shoah „in gewissem Sinne zur *raison d' être* der nationalen jüdischen Heimstätte geworden ist“. Doch gelte es, fährt Zuckermann fort, zumindest begrifflich Zionismus und Israel zu unterscheiden.

Doch an dieser Stelle, so lässt sich salopp formulieren, liegt der Hase im Pfeffer: Öffentliche Debatten sind weit vom Vermögen, ja von der Bereitschaft zur phänomenologischen Differenzierung entfernt. Sie zeichnen sich vielmehr durch ein bemühtes Interesse aus, sich der gegebenenfalls mit intellektuellen Kosten belasteten Geschichte Israels und des Nahen Ostens in ihren Verzweigungen und mit ihren Antinomien zu entziehen. Ist es Zufall, dass Menschenrechtsverletzungen in arabischen Staaten, die seit Jahr und Tag Gegenstand der Berichte von

„amnesty international“ und anderen NGO's sind, hierzulande kein Echo auslösen? Auch die periodischen Ausbrüche der Gewalt im kurdischen Teil der Türkei erreichen die deutschen Medien kaum.

Wenn Werner Bergmann und Wilhelm Heitmeyer vermerken, dass nach einer EMNID-Umfrage von 2003 nicht weniger als zwei Drittel der Deutschen die israelische Politik als Grund für ihre kritische Einstellung gegenüber Juden nennen, dann stellt sich endgültig die Frage, ob – wie vielfach affirmativ vermutet wird – die Regelung des Nahostkonflikts das Ende antijüdischer Attitüden nach sich zieht. Zweifel sind angebracht, nachdem schon Theodor Herzl gehofft hatte, dass ein souveräner Judenstaat dem Antisemitismus den verdienten Garaus machen werde. Denn Juden werden, führt Juliane Wetzel aus, nicht mehr von Rassisten angegriffen, sondern von – man möchte hinzufügen: der geschichtsvergessenen Selbstgerechtigkeit verfallenen – Anti-Rassisten, weil sie nunmehr die Juden generell für Rassisten halten. Dass letztere, soweit sie in der sogenannten Diaspora leben, vom politischen Zionismus gleichsam in Geiselhaft genommen werden, indem dieser sich als Avantgarde stilisiert, um daraus einen Handlungsanspruch in ihrem Namen abzuleiten, wird von antisemitischen Kreisen gern als Beleg für ihre verschwörungstheoretischen Gesamtphantasien benutzt, ohne sich um die innerjüdischen Kontexte zu scheren: um das theologische Konstrukt vom „einen Volk“ einerseits und andererseits um die durch viele familiäre Bindungen verstärkte Einstellung, dass Juden wegen des fortlebenden Antisemitismus in ihrem Umfeld den Staat Israel als letzten sicheren Hafen betrachten – obwohl die Qualität als Zufluchtsort aus mancherlei Gründen, zu denen nicht nur die gewalttätigen Spannungen in der Region zählen, längst gelitten hat. Insofern hat sich der dem Zionismus inhärente Geschichtspessimismus tatsächlich bewahrheitet. Ob man jedoch im Umkehrschluss die Verweigerung, diese Zusammenhänge zur Kenntnis zu nehmen und sie zu würdigen, als „ein klares Merkmal von Antisemitismus“ (Bergmann) bewertet, mag bestenfalls dahingestellt bleiben.

Das Jahrbuch zieht weite thematische Kreise. Sie untersuchen – nicht zum ersten Mal – die Rezeption des Nahostkonflikts in der militanten deutschen Linken (Volker Weiß) wie die Kontinuität und Transformation des Antisemitismus in Österreich (Klaus Hödl und Gerald Lambrecht) sowie Spiegelbilder in der Wahrnehmung der israelisch-palästinensischen

Konfrontation (John Bunzl). Von besonderem Interesse sind freilich die eher thematisch fernliegenden Beiträge von Jack Jacobs (über den „Bund“ in Zwischenkriegs-Polen) und von Yoav Peled (zur nationalkulturellen Autonomie im palästinensischen Nationalismus), Ilan Pappes Untersuchung des Zusammenhangs von Antisemitismus und Anti-Islamismus in Israel sowie die Überlegungen zur israelischen Selbstreflexion und zum Dialog mit der Welt von Dan Bar-On. Dass sie nicht übersetzt worden sind, sondern in englischer Sprache aufgenommen wurden, mag manchen Leser auf den ersten Blick davon abhalten, sich mit ihnen zu befassen. Aber es lohnt sich, die innere Sperre zu überwinden.

*Reiner Bernstein*